



## Fachauskünfte im britischen Oberhaus

Der Medizinethiker Georg Bosshard ist ein gefragter Experte für Sterbehilfe. Politik und Medien sind seiner Meinung nach der Wissenschaft oft gar eine Nasenlänge voraus.

VON SIMON KOECHLIN

Georg Bosshards Forschungsgebiet birgt Zündstoff: Beinahe täglich ist die Sterbehilfe ein Thema in den Medien. Und die politischen Parteien zanken sich seit Jahren darum, ob todkranke Menschen sich dabei helfen lassen dürfen, ihrem Leben vorzeitig ein Ende zu setzen – und ob in einem Gesetz verankert werden sollte, wer diesen Dienst wann und wie leisten dürfe. Entsprechend gefragt ist der Arzt und Medizinethiker: Kaum nimmt der Journalist in Bosshards Büro im Zürcher Universitätsspital Platz, klingelt das Telefon – ein Radiosender will wissen, wie der Experte die Resultate einer Bevölkerungsumfrage zur Sterbehilfe beurteilt.

Daran, seine Meinung zu dem Thema zu äussern, habe er sich zuerst gewöhnen müssen, sagt Bosshard. Denn eigentlich sieht er seine Rolle als Forscher deskriptiv. Bosshard untersucht seit Jahren, was für Menschen sich aus welchen Gründen von den beiden Sterbehilfeorganisationen Exit und Dignitas in den Tod begleiten lassen. «Ich will die Situation in der Schweiz so fair

wie möglich beschreiben – damit Gegner und Befürworter der Sterbehilfe sagen: Doch, das stimmt, so ist es.»

Aber von einem Experten will man eben mehr erfahren als blosser Zahlen – und so macht Bosshard heute keinen Hehl daraus, dass er der Meinung ist, die Schweiz brauche ein bestimmtes Mass an gesetzlicher Regelung. Heute ist die Beihilfe zum Suizid zulässig, eine ausdrückliche Gesetzesbestimmung fehlt allerdings. Bosshard befürwortet diese im internationalen Vergleich sehr liberale Haltung grundsätzlich. Sie werfe allerdings einige Probleme auf. Es sei zum Beispiel vorgekommen, dass Sterbehelfer gegenüber den Behörden die Aussage verweigert hätten. «Das Recht auf Aussageverweigerung ist im modernen Rechtsstaat zwar unbestritten», räumt er ein. «Im äusserst heiklen Bereich der Suizidbeihilfe, wo Sterbehelfer manchmal Entscheidungen von grösster Tragweite fällen müssen, ist es aber problematisch.» Mit einer Registrierungs-, Bewilligungs- und Aufsichtspflicht würde auch das Vertrauen in die Sterbehilfeorganisationen gestärkt, ist Bosshard überzeugt. «Es ist wie bei einem

Auf der medialen Bühne: Georg Bosshard und sein Forschungsteam anlässlich einer Medienkonferenz, Bern 2008 (links) und in der Sendung Arena, Schweizer Fernsehen 2007 (unten).  
Bild links: Severin Nowacki, Bild unten: SF DRS

Bergführer», sagt er, «da möchte man ja auch ungefähr wissen, wem man sich anvertraut.»

### Im Fokus der Medien

Nicht nur die Medien haben Bosshard als Experten für Sterbehilfe entdeckt, auch die Politik ist ab und an froh um sein Fachwissen. So nahm er schon an Expertenhearings der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) teil. Und während eines Studienaufenthalts in England lud ihn eine britische Parlamentariergruppe als Experte an ein Hearing ein, als im Oberhaus ein Sterbehilfegesetz vorbereitet wurde. Bosshard ist voll des Lobes über die konstruktive Atmosphäre und die Art, wie die englischen Politiker auf seine Ausführungen eingingen. Er holt zwei dicke Bände aus seinem Büchergestell. Es sind die Aufzeichnungen der Interviews und Gespräche der englischen Parlamentariergruppe mit Experten und Lobbyisten. «Die vielleicht umfassendste Abhandlung über

Sterbehilfegesetze, die es gibt.» Auch an die Anhörung bei der Schweizer Ethikkommission hat er positive Erinnerungen. Diese habe sich schon früh für seine Forschungsarbeiten interessiert. Überhaupt widersprechen Bosshards Erfahrungen dem oft benutzten Bild der vorauseilenden Forschung und der Jahre hinterherhinkenden Politik. Er habe im Gegenteil die Wissenschaft oft träger erlebt, sagt er. Angesehene Fachzeitschriften hätten sich beispielsweise geweigert, seine Daten zur Sterbehilfe in der Schweiz zu veröffentlichen. Erst nachdem sich die Medien und die Politik eingehend mit der Schweizer Praxis beschäftigt hatten, seien die Arbeiten auch in der Forschung ernst genommen worden.

### Träge Wissenschaft

Trotzdem: Auch in der Politik ist nicht alles Gold, was glänzt. Einige Politiker gingen mit einem «merkwürdigen Unwissen» an die Öffentlichkeit, sagt Bosshard. Ein Nationalrat etwa habe im Jahr 2000 an vorderster Front für die aktive Sterbehilfe gekämpft mit dem Argument, dass geschwächte Personen im Rahmen der Suizidbeihilfe das vom Arzt verschriebene tödliche Medikament gar

nicht mehr selbst einnehmen könnten. «Zu dieser Zeit hatte aber die Sterbehilfeorganisation Exit das Problem bereits gelöst.» Der Sterbebegleiter steckt dem Patienten eine Infusion mit dem tödlichen Natrium-Pentobarbital; dieser muss dann nur noch das Ventil öffnen. Gerade auch um solche Fehlinformationen zu verhindern, müssten sich Wissenschaftler unbedingt in den öffentlichen Diskurs einmischen, findet Bosshard.

Dass viele Forscher eher zurückhaltend sind, hat seiner Meinung nach zwei Gründe: Erstens sehe das akademische System in den Naturwissenschaften keine Anerkennung für eine solche Partizipation vor. Zweitens fehle die entsprechende Schulung: Die Forscher müssten sich zuerst daran gewöhnen, dass politische und gesellschaftliche Entscheide nicht nur auf harten wissenschaftlichen Fakten beruhen. «Um eine Frage aus wissenschaftlicher Sicht ganz sicher zu beantworten, müsste man manchmal noch 20 oder 30 Jahre weiterforschen», sagt Bosshard. Aber das dürfe keine Ausrede sein, um so lange nicht Stellung zu beziehen. Denn selbst wenn ein Fakt noch nicht hundertprozentig konsolidiert sei: «Es gibt Entscheide, die besser sind als andere.» ■

